

**TÜRKEI BULLETIN 04/17**

Berichtszeitraum: 16. - 28. Februar 2017

*Inhalt: AKP startet Kampagne in Ankara – und sorgt für Diskussionen in Berlin, Kurdische Opposition im Würgegriff der türkischen Justizmaschinerie, „Causa Yücel“ belastet das schon angespannte Verhältnis Ankara-Berlin, Satirezeitschrift schließt wegen Moses-Karikatur, Schmale Basis für die Kultur*

**Überblick**

Die regierende AKP hat ihre Referendumskampagne offiziell gestartet: Auf einer Großveranstaltung in Ankara warb Ministerpräsident Binali Yıldırım für das Präsidentsystem. Weitere Veranstaltungen im ganzen Land sollen bis zum Abstimmungstag am 16. April für die nötige Mehrheit sorgen. Derweil vergeht nicht ein Tag ohne eine weitere Belastungsprobe für die deutsch-türkischen Beziehungen. Nach der DITIB-Spitzelaffäre in deutschen Moscheen sorgen Vorwürfe der Bildungsgewerkschaft GEW an die türkischen Generalkonsulate in NRW für Unruhe. Diese sollen die aus der Türkei stammenden Lehrer und Eltern in Veranstaltungen aufgefordert haben, Erdoğan-Kritiker zu melden. Die Konsulate wiesen den Vorwurf zurück. Die Bekanntgabe der Verhaftung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel kurz vor Redaktionsschluss wird gewiss für weiteren Zündstoff in den kommenden Tagen sorgen.

Wegen umstrittener Äußerungen über das Referendum hat ein Politiker der AKP seinen Rücktritt eingereicht. Der stellvertretende Provinzvorsitzende im westtürkischen Manisa, Ozan Erdem, erklärte, er wolle seiner Partei nicht schaden und lege sein Amt freiwillig nieder. Hintergrund ist eine Rede Erdems, in der er vor einem Bürgerkrieg gewarnt hatte, sollte das von der AKP gewünschte Präsidentsystem keine Mehrheit in der bevorstehenden Volksabstimmung bekommen. „Wenn wir die 50% nicht überschreiten und bei dieser Abstimmung scheitern, macht euch auf einen Bürgerkrieg gefasst“, so der Provinzpolitiker. Der AKP-Provinzchef in Manisa distanzierte sich nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu von den Aussagen Erdems und erklärte, die Formulierung sei „unglücklich“ und spiegele nicht die Sicht der Partei wieder. Weiterhin wurde berichtet, die Staatsanwaltschaft habe inzwischen Ermittlungen gegen Erdem eingeleitet.

Die Türkei hat an der Grenze zum Bürgerkriegsland Syrien bereits eine 290 Kilometer lange Mauer errichtet. Damit sei mehr als die Hälfte des geplanten 511 Kilometer umfassenden Mauerabschnitts fertiggestellt, so der Vorsitzende der an der Errichtung beteiligten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft TOKI. Der drei Meter hohe Wall sei mit Stacheldraht und Wachtürmen versehen. Die Mauer richte sich gegen Schmuggler und Menschen, die illegal über die Grenze kämen. Die Türkei hat eine rund 911 Kilometer lange Grenze zu Syrien. Menschenrechtler sehen den Mauerbau kritisch, weil dieser auch für Flüchtlinge ein schwer zu überwindendes Hindernis darstelle.

Trotz eines Freispruchs im November muss sich der Fußballprofi Deniz Naki erneut wegen „Terrorpropaganda“ vor Gericht verantworten. Grund sei eine Revision der Staatsanwaltschaft, so Nakis Anwalt. Naki war am 8. November von einem Gericht in der südosttürkischen Stadt Diyarbakir in erster Instanz vom Vorwurf der Propaganda für die kurdische Terrororganisation PKK freigesprochen worden. Hintergrund des Verfahrens waren Nachrichten, die der ehemalige Fußballprofi des FC St. Pauli und des SC Paderborn über soziale Medien verbreitet hatte. Aktuell spielt Naki für den türkischen Zweitligisten Amed SK aus Diyarbakir.

Angesichts des harten Vorgehens gegen Regierungsgegner seit dem Putschversuch vom vergangenen Sommer beantragen offenbar immer mehr türkische Diplomaten Asyl in der Bundesrepublik. Der

Regierung seien „136 Asylanträge von Diplomatenpassinhabern aus der Türkei bekannt“, heißt es in einer Antwort auf eine Anfrage im Bundestag. Derweil haben erneut zwei türkische Militärangehörige in Griechenland Asyl beantragt. Laut griechischen Medien seien die beiden in Begleitung ihrer Anwälte beim Polizeikommissariat in der Stadt Orestiada unfern der türkisch-griechischen Grenze vorstellig geworden. Dort beantragten sie Asyl und gaben an, ihr Leben sei in der Türkei „in Gefahr“. Die Beziehungen zwischen Ankara und Athen sind ohnehin schon seit geraumer Zeit belastet, weil die griechische Justiz die Auslieferung von acht türkischen Militärs an die Türkei abgelehnt hatte. Sie waren in der Nacht des Putschversuches per Hubschrauber nach Griechenland geflüchtet und hatten ebenfalls Asyl beantragt.

Das Kopftuchverbot für weibliche Offiziere und Unteroffiziere sowie Schülerinnen an Militärakademien wurde vom türkischen Verteidigungsministerium aufgehoben, wie die amtliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete. Die Kopfbedeckung müsse in den Farben der Uniform gehalten sein, gemusterte Stoffe seien hierbei nicht erlaubt, so Verteidigungsminister Fikri İşik. Angesichts des Selbstverständnisses der türkischen Armee als Verteidigerin des säkularen Charakters der Republik ist die Entscheidung von großem, symbolischem Wert; sie wurde ohne Konsultation des Generalstabs getroffen. Die regierende konservativ-islamische AKP hatte in den vergangenen Jahren bereits das Kopftuchverbot an Universitäten, Schulen, bei der Polizei sowie im Parlament und in der Justiz aufgehoben.

### **AKP startet Kampagne in Ankara – und sorgt für Diskussionen in Berlin**

In der Türkei hat die Kampagne der Regierungspartei AKP für ein Ja beim Referendum zur Einführung eines Präsidialsystems offiziell begonnen. Das neue System werde den Terrorismus zerstören, versprach Ministerpräsident Yıldırım in seiner mehr als einstündigen Rede, die von türkischen Sendern live übertragen wurde. Eine Zustimmung sei auch ein Ja zu einer stabilen, starken Türkei, so der türkische Regierungschef. Rund 6.500 Polizisten waren im Einsatz, um die Sicherheit der Veranstaltung in einer Sporthalle in Ankara zu gewährleisten, zu der mehrere tausend AKP-Anhänger mit Bussen aus dem ganzen Land angereist waren. „Das neue System bringt ein Ende des Terrors, es wird den Terror vernichten“, versprach der Ministerpräsident, dessen Amt bei einer Annahme der Verfassungsänderungen abgeschafft würde. Er verwies darauf, dass Extremisten des Islamischen Staates (IS) und der kurdischen PKK die Reform ebenso ablehnten wie die Anhänger des in den USA lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen, der von der Regierung für den versuchten Staatsstreich vom vergangenen Jahr verantwortlich gemacht wird. Auch die Wirtschaft werde von der Verfassungsreform profitieren, prophezeite Yıldırım. Es werde mehr Investitionen, mehr Produktion und mehr Beschäftigung geben.

Für Aufsehen sorgte der Ministerpräsident derweil, als er während einer Rede vor der AKP-Fraktion den sogenannten Wolfsgruß zeigte, das Gruß- und Erkennungszeichen der rechtsextremen Grauen Wölfe – eine nationalistische Bewegung, die der Partei der Nationalen Bewegung MHP nahesteht. Mit dieser „Geste“ soll sich Yıldırım für die Unterstützung der MHP bei der anstehenden Verfassungsreform bedankt haben, die dem künftigen Staatschef ab 2019 deutlich mehr Macht verleihen und zugleich das Parlament schwächen würde.

Die Referendumskampagne erhitzt derweil auch die Gemüter in Deutschland. Nach dem umstrittenen Auftritt Yıldırıms vor tausenden türkischen Anhängern in Oberhausen steht jetzt die viel diskutierte Frage im Raum, ob es auch einen Auftritt des türkischen Präsidenten Erdoğan in Deutschland geben wird. Nach Informationen der „Bild“-Zeitung will Erdoğan im März nach Deutschland reisen, um in Nordrhein-Westfalen für das umstrittene Präsidialsystem zu werben. „Der Präsident wird nach jetziger Planung im März einen offiziellen Besuch in Straßburg machen“, zitierte die Zeitung einen „hochrangigen Diplomaten“ aus Ankara. „Danach wird er auf einer Veranstaltung in NRW, deren genauer Ort noch nicht feststeht, für das Präsidialsystem werben“, erklärte der Diplomat demnach. Erdoğan war für Wahlkampfauftritte in den Jahren 2008 und 2014 nach Köln gekommen. Da es sich sowohl bei Yıldırıms Auftritt in Oberhausen als auch bei einem möglichen Besuch Erdoğan um „Privatveranstaltungen“ handelt, muss das Besuchsprogramm vom Gaststaat nicht bewilligt werden; somit sind die

Einflussmöglichkeiten der Bundesbehörden begrenzt. Dabei handelt es sich um einen inzwischen erprobten Trick türkischer Politiker, wenn sie als „Privatmann“ einreisen. Dieser Trick wurde von den Bundesbehörden bisweilen großzügig hingenommen; doch mittlerweile mehren sich die Stimmen, die sich gegen eine türkische Wahlkampfveranstaltung in Deutschland positionieren, so auch FDP-Präsidiumsmitglied und Vizepräsident des Europäischen Parlaments Alexander Graf Lambsdorff: „Deutschland darf nicht zur Werbefläche für ein zukünftiges türkisches Präsidialsystem werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die türkische Regierung sich einerseits hier in Deutschland auf unsere freiheitlichen Grundrechte beruft und andererseits zu Hause die Presse- und Meinungsfreiheit massiv einschränkt“, so der liberale Politiker. FDP-Chef Christian Lindner rief die deutsche Politik auf, ihre demokratische Wehrhaftigkeit zu zeigen. Dass der Auftritt von Yıldırım stattfinden durfte, stärkt aus seiner Sicht den Eindruck, dass Deutschland wegen des Flüchtlingsdeals mit Ankara in eine gefährliche Abhängigkeit von der Türkei geraten und sogar erpressbar sei. „Das muss schnellstmöglich beendet werden durch einen robusten, handlungsfähigen europäischen Grenzschutz. Und ich erwarte, dass man Klartext mit der türkischen Regierung redet“, so Lindner.

### **Kurdische Opposition im Würgegriff der türkischen Justizmaschinerie**

Nur wenige Wochen vor dem historisch wichtigen Referendum ist der staatliche Druck auf die prokurdische Oppositionspartei HDP massiv erhöht worden. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete, wurde der Co-Vorsitzende der HDP, Selahattin Demirtaş, zu fünf Monaten Haft verurteilt. Ein Gericht im osttürkischen Doğubeyazıt (Prov. Ağrı) befand Demirtaş der „Herabwürdigung der türkischen Nation“ schuldig. Demirtaş sieht sich auch nach dem Urteil des Gerichts in Doğubeyazıt noch Dutzenden anderen Verfahren gegenüber. Ihm drohen insgesamt mehr als 140 Jahre Haft, u. a. wegen der „Leitung einer Terrororganisation“ sowie „Terrorpropaganda“.

Demirtaş' Amtskollegin Figen Yüksekdağ verlor nach einem Gerichtsurteil ihr Parlamentsmandat, wie ihre Partei bestätigte. Yüksekdağ wurde das Mandat aberkannt, weil das Revisionsgericht bereits im September 2016 ein Urteil über eine zehnmonatige Haftstrafe wegen Terrorpropaganda bestätigt hatte. Nach der türkischen Verfassung kann ein Parlamentsmandat aufgehoben werden, wenn der Träger eine Straftat begangen hat, die eine Kandidatur von vornherein ausgeschlossen hätte. Außerdem wurde gegen den Abgeordneten und Ex-Fraktionschef Idris Baluken erneut Untersuchungshaft verhängt. Baluken sei in der Kurdenmetropole Diyarbakır erneut unter Terrorverdacht in Untersuchungshaft genommen worden, aus der er erst am 30. Januar entlassen worden war. Die HDP-Abgeordnete Sibel Yiğitalp sprach im Parlament von einer „gezielten Operation“ gegen ihre Partei. Ihr Fraktionskollege Ziya Pir sagte der deutschen Presse mit Blick auf Yüksekdağ: „Das ist das erste Mal in der Parlamentsgeschichte, dass ein Mandat auf diese Weise aufgehoben wurde.“ Er rechne damit, dass weiteren HDP-Abgeordneten ihre Mandate genommen würden. Mit dem Verlust des Mandats von Yüksekdağ verfügt die HDP nur noch über 58 der 550 Sitze der türkischen Nationalversammlung.

Im Juni des vergangenen Jahres hatte das Parlament auf Betreiben Erdoğan's die Immunität fast aller HDP-Abgeordneten aufgehoben. Er wirft der HDP vor, verlängerter Arm der kurdischen Terrororganisation PKK zu sein. Derzeit sitzen zusammen mit Yüksekdağ und Demirtaş 13 führende HDP-Parlamentarier in Untersuchungshaft. Unterdessen hat sich die HDP an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der „illegalen Inhaftierung“ ihrer beiden Co-Vorsitzenden gewandt.

Zudem fordern die HDP und Menschenrechtler eine Untersuchung von Foltervorwürfen sowie Zugang zu einem vom Militär abgeriegelten Dorf in der Südosttürkei. In einer parlamentarischen Anfrage an die Regierung verlangte die HDP Aufklärung zu Medienberichten über „Folter“, „Festnahmen“ und „Nackt-Durchsuchungen“ von Einwohnern des Dorfes Kuruköy in der Provinz Mardin. Der HDP-Abgeordnete Ziya Pir sagte, er habe versucht, nach Kuruköy zu gelangen. Seine Delegation sei jedoch 15 Kilometer vor dem Ortseingang von Sicherheitskräften aufgehalten worden. Auch der Menschenrechtsverein von Diyarbakır erhielt nach eigenen Angaben keinen Zugang zu dem Dorf. Der Gouverneur von Mardin hatte am 11. Februar wegen einer Militäroperation gegen die PKK eine Ausgangssperre in Kuruköy verhängt. Laut Medienberichten seien bei der Operation gegen die Terroror-

ganisation vier PKK-Kämpfer getötet und drei Sicherheitskräfte verletzt worden. Pir warf der Regierung vor, das gesamte Dorf zu „bestrafen“, weil sich PKK-Kämpfer dort aufgehalten hätten.

### **„Causa Yücel“ belastet das schon angespannte Verhältnis Ankara-Berlin**

Der deutsche Journalist Deniz Yücel muss ins Gefängnis. Ein Haftrichter in Istanbul hat am Abend des 27. Februar Untersuchungshaft gegen den 43-jährigen Korrespondenten der Zeitung „Die Welt“ verhängt, dem „Propaganda für eine terroristische Vereinigung und Aufwiegelung der Bevölkerung“ vorgeworfen werden. Der Haftrichter sprach nun die Untersuchungshaft für Yücel in beiden Punkten aus. Nach 13 Tagen in Polizeigewahrsam hätte der deutsche Journalist ohne entsprechenden Richterbeschluss spätestens am 28. Februar freigelassen werden müssen.

Dem Korrespondenten werden laut Medienberichten Datenmissbrauch, Terrorpropaganda und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Dabei scheint es insbesondere um gehackte E-Mails zu gehen, die vom Mail-Konto von Energieminister (zugleich Schwiegersohn von Präsident Erdoğan) Berat Albayrak stammen sollen. Yücel hatte über die von einer Gruppe namens Redhack verbreiteten Mails zwei Artikel verfasst. Darin ging es Medien zufolge u.a. um die Kontrolle türkischer Medienkonzerne und die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch fingierte Twitter-Nachrichten. Redhack gilt in der Türkei als Terrororganisation. Laut „Welt“ wurde Yücel aber nicht nur zu seinen Artikeln über die Mail-Affäre befragt, sondern auch über seine kritischen Berichte aus den Kurdengebieten und zu Staatspräsident Erdoğan.

Bundeskanzlerin Merkel nannte die Verhängung der U-Haft gegen Yücel „bitter und enttäuschend“. Außenminister Sigmar Gabriel übte scharfe Kritik an dem Schritt. „Das ist eine viel zu harte und deshalb auch unangemessene Entscheidung“, kritisierte er das Gericht. „Sie berücksichtigt weder das demokratische hohe Gut der Presse- und Meinungsfreiheit, noch, dass Deniz Yücel sich aus freien Stücken der türkischen Justiz gestellt und bereit erklärt hat, für das Ermittlungsverfahren voll zur Verfügung zu stehen.“ Deutschland werde sich „mit allem Nachdruck“ für eine Freilassung Yücel einsetzen, betonte Gabriel, der von „schwierigen Zeiten für die deutsch-türkischen Beziehungen“ sprach. Der Fall Yücel „wirft ein grelles Schlaglicht auf die Unterschiede, die unsere beiden Länder offensichtlich bei der Anwendung rechtsstaatlicher Grundsätze und in der Bewertung der Presse- und Meinungsfreiheit haben“, so der SPD-Politiker. Der Niedersachse kündigte an: „Wir haben allen Grund, das mit der Türkei in großer Deutlichkeit zur Sprache zu bringen.“ Justizminister Heiko Maas ergänzte: Wenn sich die Türkei nicht an die europäischen Grundwerte halte, „wird eine Annäherung an die EU immer schwieriger bis unmöglich“. Die Inhaftierung Yücel sorgte auch bei manchen AKP-Politikern für Kritik. „Ohne Einzelheiten zu kennen, und soweit ich den Berichten entnehmen kann, denke ich, dass der Propagandabegriff zu weit ausgelegt worden ist“, so der deutschsprachige AKP-Abgeordnete Mustafa Yeneroğlu. Er sehe „die Gerichtsentscheidung kritisch“.

Die „Welt“ erschien am Tag der Inhaftierung ihres Korrespondenten mit einem Leitartikel von Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender von Axel Springer SE und Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, mit der Überschrift „Wir sind Deniz“. Weiterhin wurde berichtet, Haftrichter Mustafa Çakar habe in der Vergangenheit schon mehrere Journalisten der regierungskritischen „Cumhuriyet“ zu U-Haft verurteilt. Der Staatsanwalt habe Yücel allgemein zu seinen Artikeln befragt und dann Haftantrag gestellt. In der Türkei kann die U-Haft bis zu fünf Jahre dauern. Yücel besitzt sowohl die deutsche als auch die türkische Staatsbürgerschaft. Aus Sicht der türkischen Behörden ist er damit ein einheimischer, kein ausländischer Journalist. Das wiederum begrenzt die Einflussmöglichkeiten der deutschen Botschaft, für Yücel zu intervenieren. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) nannte den Haftantrag des Staatsanwalts einen „entsetzlichen Verstoß gegen die Pressefreiheit“. Bereits der zweiwöchige Polizeigewahrsam für Yücel war in Deutschland auf heftige Kritik gestoßen.

## Satirezeitschrift schließt wegen Moses-Karikatur

Die bekannte türkische Satire-Beilage „Gırgır“ ist nach Veröffentlichung einer provokanten Karikatur des Propheten Moses vom eigenen Verlag geschlossen worden. Die Verleger der kemalistischen Verlegergruppe „Sözcü“ erklärten, der Entschluss zur Schließung der samstäglichen Zeitungsbeilage sei wegen der „geschmacklosen Karikatur“ getroffen worden. Sie habe „die Gesellschaft und uns als Verlagsunternehmen beschämt“. „Gırgır“ entschuldigte sich vor der Schließung für die Karikatur, die „wegen der Müdigkeit und Schlaflosigkeit“ der Redakteure bei der Veröffentlichung „durchgegangen“ sei.

Wie Medien berichteten, sei nach dem Erscheinen der Karikatur mit Blick auf „Gırgır“ ein „Shitstorm“ über den Kurznachrichtendienst Twitter hereingebrochen. Über Twitter wiederum entschuldigten sich die Macher der Beilage für die Zeichnung. Doch das half offenbar nicht mehr. Ein Istanbuler Staatsanwalt nahm bereits Ermittlungen auf. Daher, so die Vermutung, haben sich die Verleger einen Tag später gezwungen gesehen, das Blatt einzustellen. Alle Angestellten seien entlassen worden.

Die Karikatur, die in der letzten Ausgabe von „Gırgır“ gedruckt wurde, zeigt Moses, wie er die Israeliten aus Ägypten führt. In der Zeichnung gibt Moses mit seinen Taten an, während seine Begleiter sich über seine Prahlerei beschwerten. Zwei fordern Moses auf, die „Klappe zu halten“, und benutzen grobe Schimpfwörter. Moses ist nicht nur im Judentum, sondern auch im Christentum und im Islam ein wichtiger Prophet. Obwohl die Türkei eine lebendige Satire-Tradition hat, sind Karikaturen heiliger Figuren in der Türkei der AKP tabu. Zuletzt musste dies auch die Tageszeitung „Cumhuriyet“ erfahren, die sich solidarisch mit Charlie Hebdo gezeigt hatte. Daraufhin waren zwei Journalisten der oppositionellen Zeitung zu jeweils zwei Jahren Haft verurteilt worden, da sie die umstrittenen Mohammed-Karikaturen in ihren Kolumnen kommentiert und verwendet hatten. Die Verleger von „Gırgır“ beklagten, die Karikatur sei ein gezielter Versuch, den Verlag in eine „delikate Position“ zu bringen. Die Namen der Verantwortlichen würden an die Staatsanwaltschaft übermittelt, erklärte die Mediengruppe „Sözcü“, deren politische Ideologie säkular-nationalistisch ist, die somit zu den natürlichen Gegnern des islamisch-konservativen Präsidenten gehört.

Ivo Molinas, Chefredakteur der in Istanbul erscheinenden jüdischen Wochenzeitung „Şalom“, prangerte die Karikatur hingegen als respektlos an. „Was für eine Schande! Was für eine Respektlosigkeit!“, so Molinas im Kurznachrichtendienst Twitter. Erdoğan's Sprecher Ibrahim Kalin schrieb auf Twitter: „Das hat nichts mit Humor oder Meinungsfreiheit zu tun – das ist unmoralisch und ein Hassverbrechen.“ Kritiker bewerten den überraschenden Schritt zur Inschutznahme ihrer jüdischen Bürger durch die türkische Regierung als „scheinheilig“. Sie argumentieren, dass viel schwerere Vergehen, wie offene Beleidigungen von Juden und Antisemitismus seitens Politikern und Medien, unbestraft blieben. Die Moses-Karikatur diene hier nur als Vorwand, um sich eines weiteren kritischen Mediums zu entledigen.

## Schmale Basis für die Kultur

70% der türkischen Bürger haben noch nie in ihrem Leben an einer Kunst- oder Kulturveranstaltung teilgenommen. Dies ist eines der Ergebnisse einer Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Ipsos unter dem Titel „Understanding Turkey Guide“ zum zweiten Mal nach 2014 für die renommierte Istanbuler „Kultur- und Kunststiftung“(IKSV) durchgeführt hat. 49% der Befragten haben niemals ein Kino, 66% niemals ein Konzert, eine Theater- oder Opernvorführung besucht. 39% geben an, noch nie in ihrem Leben ein Buch gelesen zu haben; 47% lesen keine Zeitschriften. In der Umfrage 2014 lagen die Werte durchweg noch höher. Lediglich die Werte für die Altersgruppen der 18-24-Jährigen fallen hier positiv aus dem Rahmen.

Die mit Abstand liebste Freizeitbeschäftigung der türkischen Bürger ist das Fernsehen: 85% erklären, dies sei ihre bevorzugte „Kulturaktivität“ und der beste Freizeitvertreib. 2014 hatten 94% erklärt, den Urlaub niemals im Ausland verbracht zu haben. 46% hatten eingeräumt, niemals Trimmübungen oder Spaziergänge zu machen.

Gerade bei den jüngeren Altersgruppen ist die Nutzung des Internets sehr ausgeprägt. So erklärten z.B. mehr als 50% der unter 45-Jährigen, jeden Tag mindestens einmal die YouTube-Website aufzusuchen. Die Türkei dürfte damit vielen europäischen Gesellschaften auf dem Weg ins Zeitalter der Internetnutzung und der „Überwindung“ traditioneller Kulturangebote um einige Längen voraus sein.